Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7907**

16. Wahlperiode 28. 01. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Harald Leibrecht, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/4165 –

Für eine konstruktive Zusammenarbeit mit Russland und einen kritischen Dialog

A. Problem

Nicht nur in wirtschaftspolitischer, sondern auch in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht ist Russland einer der wichtigsten Nachbarn Deutschlands und Europas. Die Bedeutung Russlands als Lieferant von Öl und Gas dürfte in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Bei der Bewältigung globaler Herausforderungen kommt Russland eine entscheidende Bedeutung zu. Hierzu zählen etwa die Konflikte auf dem Balkan, in Afghanistan, im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und Asien sowie auch die „frozen conflicts" im postsowjetischen Raum.

Eine tragfähige strategische Partnerschaft Deutschlands und Europas mit Russland kann allerdings nur auf einem gemeinsamen Wertekanon als Leitlinie des innen- und außenpolitischen Handelns beruhen. Dazu gehören die Einhaltung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie eine freie Marktwirtschaft. Seit einigen Jahren bewegt sich Russland jedoch in wesentlichen Bereichen staatlicher und gesellschaftlicher Modernisierung rückwärts. Die Präsidentschaft Wladimir Putins ist geprägt von innerstaatlicher Stabilisierung auf Kosten demokratischer, rechtsstaatlicher und wirtschaftspolitischer Reformen. Deutschland und Europa haben ein fundamentales Interesse an einem diesbezüglichen Kurswechsel Russlands. Ein vertrauensvoller, aber kritischer Dialog ist hierfür unabdingbar.

Angesichts der besorgniserregenden Entwicklung in Russland sollte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern, im Rahmen der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft die bestehenden Defizite anzusprechen und Verbesserungen in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anzumahnen. Gegenüber der russischen Regierung sollte deutlich gemacht werden, dass sich Deutschland und Europa ein starkes, demokratisch und wirtschaftlich entwickeltes Russland als Partner wünschen, das konstruktiv bei der Lösung globaler Herausforderungen mitwirkt. Eine konsequente Modernisierung und Demokratisierung sind hierfür unabdingbar.

Eingefordert werden sollte beispielsweise auch eine transparente und rechtsstaatlich einwandfreie Aufklärung der Ermordung Anna Politkowskajas sowie

des Umgangs mit Michail Chodorkowski. Ein verstärktes russisches Engagement beim Wiederaufbau Afghanistans – zumindest in finanzieller Hinsicht – gebietet schon die historische Verantwortung Russlands.

Es sollte weiterhin auf den hohen Stellenwert hingewiesen werden, den die im Rahmen der OSZE stattfindenden Wahlbeobachtungen für Deutschland haben. Hinsichtlich des neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland sollten klare Zielvorgaben in den Bereichen Wirtschaft, innere und äußere Sicherheit sowie Bildung formuliert werden. Weiterhin erscheint es geboten, eine gemeinsame europäische Energiepolitik voranzutreiben und als Abnehmer von Rohstoffen gegenüber Russland geschlossen aufzutreten.

Es sollte deutlich gemacht werden, dass Deutschland bevorstehende Parteienverbote, die Situation im Medienbereich, die mangelnde Kontrolle der Haftbedingungen in russischen Gefängnissen und die Erschwerung der Arbeit unabhängiger Nichtregierungsorganisationen mit Besorgnis zur Kenntnis nimmt.

Erstrebenswert sind darüber hinaus bessere Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen in Russland, der Aufbau eines deutsch-russischen Jugendwerkes sowie eine stärkere russische Eigenbeteiligung an der Beseitigung atomarer und chemischer Altlasten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/4165 abzulehnen.

Berlin, den 16. Januar 2008

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz Vorsitzender	**Manfred Grund** Berichterstatter	**Johannes Pflug** Berichterstatter	**Dr. Werner Hoyer** Berichterstatter
	Wolfgang Gehrcke Berichterstatter	**Marieluise Beck (Bremen)** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Manfred Grund, Johannes Pflug, Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Gehrcke und Marieluise Beck (Bremen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4165** in seiner 79. Sitzung am 1. Februar 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 12. Dezember 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 21. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 16. Januar 2008

Manfred Grund
Berichterstatter

Johannes Pflug
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333